

So werden Häftlinge geschützt

- Die Corona-Einschränkung trifft auch Gefängnisse
- Insassen sind Freigänge oder Besuche untersagt



VON SEBASTIAN KÜSTER
sebastian.kuester@suedkurier.de

Konstanz - Direkter Kontakt zur Familie, zu Freunden, zur Außenwelt ist für Alte und Schwache unmöglich geworden. Doch dass die Corona-Maßnahmen auch Gefangene trifft, wird oft vergessen. In den Justizvollzugsanstalten sind Besuche untersagt, Sportveranstaltungen gestrichen, Freigänge verboten. Wie kommen die Menschen in ihren Zellen mit dieser Extremsituation zurecht? Vertretern der Presse wird der Zugang zu Gefängnissen derzeit verständlicherweise verwehrt. Thomas Mönig, der die Justizvollzugsanstalt (JVA) in Ravensburg leitet, sagt: „Die notwendig gewordenen Einschränkungen treffen die Gefangenen sehr.“

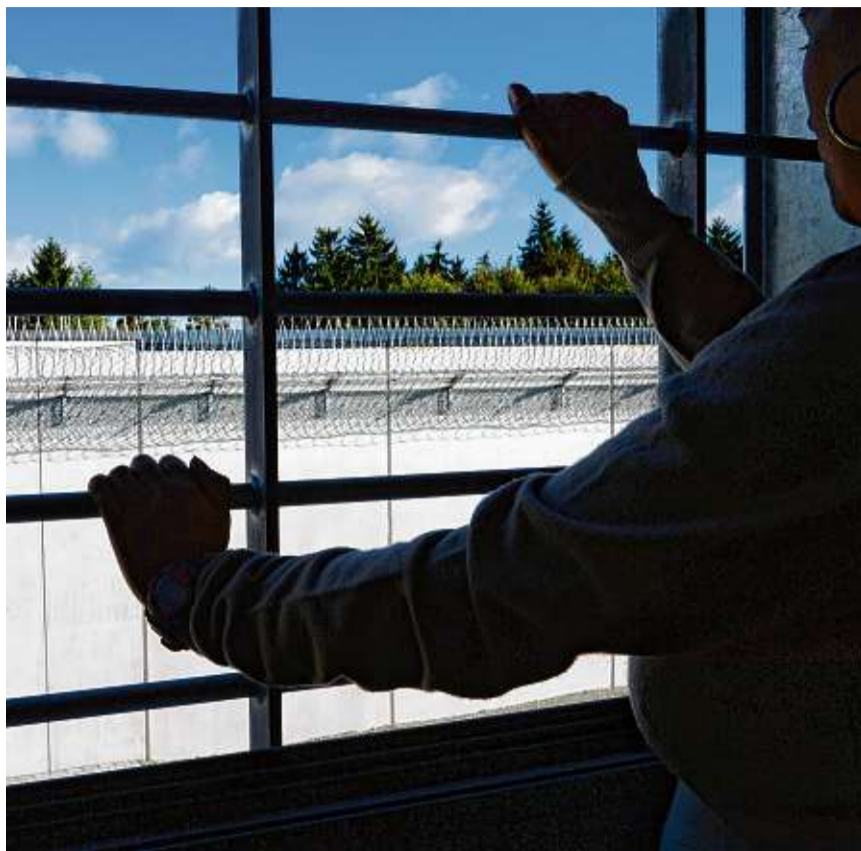
Denn der Kontakt zu Angehörigen ist zurzeit nur telefonisch oder schriftlich möglich. In der JVA Rottweil wird dieses Angebot rege genutzt „und hinsichtlich der Telefonate von uns auch großzügig ermöglicht“, sagt die Rottweiler JVA-Leiterin Jennifer Rietschler dazu. Künftig soll es hier – ähnlich wie in vielen Pflege- und Altenheimen – möglich sein, per Videotelefonie mit den Liebsten Kontakt aufzunehmen.

Ein wichtiger Schritt. Dennoch ersetzt das Telefongespräch natürlich nicht den Besuch, den Höhepunkt des Gefängnisalltags, weiß Tobias Götz, Leiter des Wohnheims für Haftentlassene in Villingen-Schwenningen: „Auch wir haben gerade wenig bis gar keinen Kontakt zu den Gefangenen. Aber aus meiner Erfahrung heraus weiß ich: Der regelmäßige, persönliche Kontakt zur Familie ist eigentlich extrem wichtig. Und die aktuelle Situation macht es den Gefangenen schwer.“

Keine Sportgruppen

Ein weiterer wichtiger Bestandteil im sonst so durchstrukturierten Gefängnisleben fällt teilweise weg. Einige Veranstaltungen und Sportgruppen in den Gefängnissen sind wegen des Coronavirus abgesagt worden. Hofgang wird zwar nach wie vor gewährt, aber Kontaktsport wie Fußball nicht. Die Teams werden normalerweise von Ehrenamtlichen geleitet. Doch auch sie dürfen die Gefängnisse derzeit nicht mehr betreten. In für Gefängnisse quasi systemrelevanten Einheiten wie Küchen und Wäschereien wird weiter gearbeitet. Auch Schulen und Ausbildungsbetriebe seien noch weitgehend in Betrieb, heißt es.

Aber was passiert, wenn trotz aller Vorsichtsmaßnahmen jemand er-



Auch Häftlinge müssen derzeit mit zusätzlichen Beschränkungen leben. Hier ein Blick in die Justizvollzugsanstalt Ravensburg. BILDER: DPA



In der Justizvollzugsanstalt in Ravensburg wurde ein Mitarbeiter positiv getestet.



In das Justizvollzugskrankenhaus in Asperg könnten erkrankte Gefangene kommen.

krank? In der JVA Ravensburg ist dieser Fall tatsächlich bereits eingetreten. Nach Angaben von Thomas Mönig hat es einen Anstaltsbediensteten getroffen. Diese Person sei mittlerweile aber



„Der Kontakt zu den Angehörigen über Telefonate wird von uns großzügig ermöglicht.“

Jennifer Rietschler, Leiterin der Justizvollzugsanstalt in Rottweil

wieder genesen. Mönig und Kollegen hätten es so früh festgestellt, „dass für die Anstalt keinerlei übergreifende Einschränkungen notwendig wurden.“ Auch in anderen Gefängnissen in Baden-Württemberg gab es bereits er-

krankes Personal. Die Insassen sind bislang verschont geblieben.

Doch wie lange noch? Falls es dazu kommen sollte, gibt es den sogenannten „anstaltsübergreifenden Pandemieplan im baden-württembergischen Justizvollzug“. In diesem Fall, „erfolgt eine Isolierung und die Ermittlung der Kontaktpersonen unter Einbindung der Gesundheitsämter“, sagt Anna Härle, Pressesprecherin des baden-württembergischen Ministeriums für Justiz und Europa. Die medizinische Behandlung regelt ein abgestuftes Vorgehen: Verdachtsfälle mit Symptomen werden in der jeweiligen Krankenabteilung isoliert. Bei Verdachtsfällen in Verbindung mit schweren Grunderkrankungen kann der Gefangene in das Justizvollzugskrankenhaus in Stuttgart gebracht werden. Sobald eine Intensivpflege notwendig ist, könne sogar in ein

externes Krankenhaus verlegt werden. Auch Justizvollzugsbeamte müssen besonders aufpassen, damit sie sich mit dem Virus nicht infizieren. Ein weiteres Risiko, wie das Virus ins Gefängnis geschleust werden könnte, ist der Freigang. Deshalb wurden vollzugsöffnende Maßnahmen aus dem geschlossenen Vollzug ausgesetzt. Nur der Freigang im offenen Vollzug ist noch möglich, wenn der Häftling bei einem externen Arbeitgeber tätig ist.

Wäre es nicht sinnvoll, alle Gefangenen auf unbestimmte Zeit voneinander zu isolieren, um sicher zu gehen, dass das Coronavirus sich in JVA nicht ausbreiten kann? Davon hält das Justizministerium aber wenig: „Die weitest mögliche Isolierung wäre die im Haftraum. Eine mit erheblichen Belastungen verbundene präventive Isolierung auf engstem Raum und unbestimmte Zeit ist jedoch zunächst nicht sinnvoll. Nach Möglichkeit werden Gruppen gebildet und Abstände eingehalten, um Übertragungsrisiken in Grenzen zu halten.“

Keine reinen Corona-Gefängnisse

In Donaueschingen wurde das Lungenzentrum zu einer reinen Corona-Klinik umfunktioniert. Bereits geschlossene Krankenhäuser könnten reaktiviert werden. Gibt es solche Pläne auch für Gefängnisse? Nein, sagt Härle: „Der Betrieb zusätzlicher Einrichtungen wird schon aus personalwirtschaftlichen Gründen ausscheiden.“

Aber auch jeder neue Gefangene bringt die Corona-Gefahr mit. Aus diesem Grund wird die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen, also Freiheitsstrafen, die wegen einer nicht bezahlten Geldstrafe anstehen, für drei Monate aufgeschoben. „Diese Maßnahmen stellen jedoch keine Amnestie oder Ähnliches dar. Die betroffenen Personen, die in den kommenden Tagen zum Strafantritt geladen worden wären, müssen weiter mit einer Vollstreckung ihrer Freiheitsstrafe rechnen“, stellt Anna Härle klar.

Verschieben muss auch Wohnheimleiter Tobias Götz seinen Alltag. Besuche im Gefängnis sind derzeit tabu. Normalerweise macht er sich vor Ort ein Bild von den Gefangenen, die in Kürze die Haftanstalt verlassen und sich auf einen Platz bei ihm beworben haben. „Aber das geht gerade nicht mehr. Viele machen sich deshalb große Sorgen, ob das mit ihrer Wohnung hier klappt“, sagt Götz.

Doch der Wohnheim-Leiter kann beruhigen. „Zur Not können sie bei uns natürlich einfach vorbeikommen. Dann vereinbaren wir erst mal ein Wohnen auf Probe“, sagt er. Wenn das gut geht, können Gefangene bleiben. Auf Besuch müssen sie jedoch auch hier verzichten. Bis auf die Gefangenen selbst, kommt bei Tobias Götz niemand rein – bis sich die Lage beruhigt hat.

„Wir haben genug freie Kapazitäten“



Guido Wolf, 58, ist Justizminister von Baden-Württemberg. Der CDU-Politiker aus Oberschwaben sieht die Gefängnisse im Land für einen Corona-Ausbruch gerüstet.

Herr Wolf, Sie haben wegen des Coronavirus den Betrieb in der Justiz stark beschränkt. Nur dringende Verhandlungen finden statt. Wie soll es weitergehen?

Die Corona-Pandemie hat auch die Justiz in einer Weise getroffen, wie wir das bisher nicht kannten. Wir mussten den öffentlichen Betrieb in Gerichten und bei Staatsanwaltschaften so zurückfahren, dass nur noch unaufschiebbare öffentliche Verhandlungen durchgeführt werden. Intern wurde dennoch gearbeitet. Möglichkeiten wie das Arbeiten mit der elektronischen Akte haben die Situation erleichtert. Jetzt müssen wir aber die Weichen stellen, um den Justizbetrieb schrittweise wieder vollständig zum Laufen zu bringen.

Straftäter müssen ihre Haft später absitzen wegen der Corona-Pandemie. Was hat das gebracht?

Wir haben zwei Maßnahmen umgesetzt: Zum einen wurde die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen und Erzwungshaft aufgeschoben und unterbrochen. Die Betroffenen wurden ja lediglich zu Geldstrafen verurteilt. Weiter wurden die Vollstreckungen von kurzen Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten bis zum 15. Juni aufgeschoben. So konnten freie Kapazitäten geschaffen werden, die wir dringend brauchen.

Wie viele Plätze in den Gefängnissen sind frei geworden?

Durch die Maßnahmen hat sich die Belegung landesweit um 770 Gefangene reduziert. Jetzt haben wir genügend Möglichkeiten für Isolationen, wenn es bei Gefangenen zu Infektionen kommt.

Gibt es bislang einen Fall?

Wir haben ganz aktuell von der Justizvollzugsanstalt Mannheim mitgeteilt bekommen, dass der Covid-19-Test eines Untersuchungsgefangenen, der sich mit Krankheitssymptomen zur Arztsprechstunde gemeldet hatte, positiv ausgefallen sei. Da werden dann sofort entsprechende Maßnahmen getroffen. In Absprache mit dem Gesundheitsamt werden Kontaktpersonen ermittelt. Die Abteilung, auf der der Gefangene zuletzt untergebracht war, wurde vorsorglich in Quarantäne genommen.

FRAGEN: MICHAEL SCHWARZ

Schweizer Immunologe will schon im Oktober impfen

Zunächst will Martin Bachmann vom Universitätsspital Bern die Eidgenossen mit einem Impfstoff versorgen, dann den Rest der Welt



VON JAN DIRK HERBERMANN
politik@suedkurier.de

Genf - Im weltweiten Rennen um einen Corona-Impfstoff rechnet sich der Schweizer Immunologe Martin Bachmann gute Chancen aus. „Wir könnten einer der Ersten sein, wenn nicht der Erste“, sagte der Leiter Immunologie am Universitätsspital Bern. Der Professor und sein Institut verfolgen einen ehrgeizigen Plan: Ab Oktober könnten zuerst die Menschen in der Schweiz seinen neuen Impfstoff erhalten, ab Februar 2021 solle der „Rest der Welt“ gegen

die Atemwegserkrankung Covid-19 immunisiert werden, sagte er in einer Videokonferenz mit Journalisten.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO kalkulierte noch im Februar mit einer Zeitspanne von 18 Monaten, um die Menschen mit einem Impfstoff zu versorgen. Inzwischen arbeiten Dutzende Forscherteams mit Hochdruck an der Entwicklung eines solchen Stoffes gegen das Coronavirus. Und mit jedem Tag der Pandemie steigt die Dringlichkeit.

Ein Grund für Bachmanns Zuversicht liegt in flexibleren Zulassungsregeln in der Eidgenossenschaft angesichts der globalen Krise. „Die Schweiz hat eine Geschichte als eher pragmatisches Land.“ Sein Team steht im Kontakt mit dem Schweizer Bundesamt für Gesundheit sowie mit der Weltgesund-

heitsorganisation und tauscht sich mit anderen Laboren und Institutionen aus, darunter in China.

Ebenso versichert Bachmann, dass sein Team schon weit vorangekommen ist. Testreihen des Serums mit Tieren seien erfolgreich verlaufen. Ziel müsse es sein, dass der Impfstoff die Menschen sehr wirksam schütze. Zudem solle er optimal für ältere Menschen sein und Sicherheit gegen Nebenwirkungen bieten. Für das Projekt brauchen er und sein Team rund 95 Millionen Euro. Dabei hofft er auf Spenden.

Bachmanns Stoff basiert auf Virus-ähnlichen Partikeln, die nicht infektiös sind. Derzeit würden Gespräche mit Pharma-Herstellern über eine Massenfertigung geführt, infrage kämen die Firmen Lonza und Novartis. „Wir planen, in der Schweiz zu produzieren.“

Auf die Frage, ob eine kostenlose Bereitstellung des Impfstoffes geplant sei, gab sich Bachmann zurückhaltend.

Das Coronavirus sei nicht besonders komplex und gehe nicht besonders raffiniert vor, sagte Bachmanns Kollege Christian Münz von der Universität Zürich. Das Verfahren, das Bachmann anwendet, habe den Vorteil, dass es ziel-führender sei und schon zu Impfstoffen für Tiere geführt habe. Dank vieler Studien könne man vielleicht auch schneller zu Tests mit Menschen übergehen. Normalerweise dauern Testphasen für einen Impfstoff Jahre, sagt Bachmann. Aber bei Pandemien könne man ein Risiko eingehen und abkürzen. „Zuerst müssen wir schauen, ob das Verfahren verträglich ist“, hieß es weiter. Dann möchte Bachmann an rund 240 Personen den Stoff ausprobieren.



Der Schweizer Immunologe Martin Bachmann (Mitte) und Mitarbeiter seines Teams in Bern. BILD: PHILIPPE ROSSIER/BLICK

Die Stadt Heidelberg hat dem Land 380 000 Schutzmasken übergeben. Die Stadt hatte einige große Lieferungen erhalten. Es sei selbstverständlich, eine davon an das Land weiterzugeben, sagte Oberbürgermeister Eckart Würzner.

Die Bundesregierung will Vereinen in der Corona-Krise finanziell unter die Arme greifen. Das teilte Innenstaatssekretär Volkmar Vogel (CDU) den Fraktionen im Bundestag mit. Wer in welcher Höhe gefördert wird, ist noch offen.



Die Schweizer Armee will den Einsatz gegen die Corona-Pandemie wieder zurückfahren. Verteidigungsministerin Viola Amherd hatte die Mobilmachung ausgerufen und 8000 Wehrpflichtige einberufen, die im Sanitätsdienst helfen sollen.

Die chinesische Regierung hat die Kritik an ihrem Umgang mit Corona empört zurückgewiesen. Ein Regierungssprecher beklagte eine Geringschätzung „der enormen Anstrengungen und Opfer des chinesischen Volkes“ im Kampf gegen das Virus.